



VERWALTUNGSGERICHT LEIPZIG

Im Namen des Volkes

U R T E I L

In der Verwaltungsstreitsache

EB
13/5/2013
WF

1. der Störmthaler Wein e. V., vertreten durch den Vereinsvorsitzenden, Im Rittergut 2, 04463 Großpösna,
2. des Herrn Klaus Füßer, Thomaskirchhof 17, 04109 Leipzig,
3. des Herrn Thomas Neuhaus, Sternwartenstraße 8, 04103 Leipzig,

- Kläger -

prozessbevollmächtigt zu 2. und 3.:

Rechtsanwälte Füßer & Kollegen, Thomaskirchhof 17, 04109 Leipzig, Gz.: 14-10/KF,

g e g e n

den Freistaat Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Archivstraße 1, 01097 Dresden, Gz.: 33-8332.20/2/6,

- Beklagter -

w e g e n

Feststellung der Genehmigungsfreiheit von Hobbyweinanbau

hat die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Leipzig durch die Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Braun, den Richter am Verwaltungsgericht Grau, die Richterin am Verwaltungsgericht Zarden, den ehrenamtlichen Richter Queitsch sowie den ehrenamtlichen Richter Rudolf auf die mündlichen Verhandlungen vom **7. März 2013** und **26. April 2013**

f ü r R e c h t e r k a n n t :

1. Die Klagen werden abgewiesen.
2. Der Kläger zu 1 trägt die Kosten seiner Klage. Die Kosten des Verfahrens des Klägers zu 2 tragen der Kläger zu 2 und der Beklagte je zur Hälfte; die Kosten des Verfahrens des Klägers zu 3 tragen der Kläger zu 3 und der Beklagte je zur Hälfte.

Tatbestand

Die Kläger begehren die Feststellung der Genehmigungsfreiheit des von ihnen am Störmthaler See betriebenen Weinanbaus, die Kläger zu 2 und 3 hilfsweise die Erteilung von Neuanpflanzungsrechten.

Der Kläger zu 1 ist ein eingetragener Verein, der sich nach seinen Angaben der Förderung des Heimatgedankens und der Entwicklung des Störmthaler Sees verpflichtet fühlt und sich insbesondere der Pflege und Entwicklung der Weinkultur mit regionalem Bezug verschrieben hat. Die Kläger zu 2 und 3 sind Mitglieder des Klägers zu 1 und an einer hobbywinzerischen Betätigung am Störmthaler See interessiert.

Der Störmthaler See gehört zum Gemeindegebiet der Gemeinde Großpösna (im Folgenden: Gemeinde) und ist Teil der im Leipziger Südraum vorherrschenden Tagebaufolgelandschaft. Für die vergleichsweise steilen Böschungsufer des Sees favorisierte bereits die Gemeinde eine weinbauliche Nutzung. Obgleich das Regierungspräsidium Chemnitz mit Bescheid vom 3.1.2007 die Erteilung der beantragten Pflanzungsrechte abgelehnt hatte, ließ die Gemeinde im April 2008 auf Teilen des in ihrem Eigentum stehenden Flurstücks 93 der Gemarkung Störmthal am Seeufer eine Fläche von 3.171 m² mit Hilfe einer Pflanzmaschine durchgehend mit Weinreben bepflanzen; dabei wurden insgesamt 1.300 Rebstöcke der Keltertraubensorten Grauburgunder und Müller-Thurgau gesetzt. Im Rahmen einer persönlichen Anhörung der Bürgermeisterin der Gemeinde wies jene im September 2008 auf eine beabsichtigte Verpachtung von jeweils 99 m² großen Flächen an Mitglieder einer Interessengemeinschaft zur hobbymäßigen Bewirtschaftung und Weinerzeugung für den persönlichen Bedarf hin. Am 21.10.2008 wurde der Kläger zu 1 gegründet, dessen Hauptzweck satzungsgemäß das Anlegen und Pflegen eines kleinen Weinbergs zur Aufwertung der Attraktivität des Störmthaler Sees war (§ 2 Abs. 1 (a) der Satzung a. F.). Nach § 4 Abs. 3 der Satzung a. F. verpflichteten sich die Mitglieder, bei gemeinsamen Aktionen fair zusammenzuarbeiten. Mitglieder, die gegen die Interessen des Vereins verstoßen, konnten ausgeschlossen werden. Am 16.12.2008 wurde er zum Vereinsregister angemeldet.

Zwischen Januar und April 2009 wurde die aufgerebte Fläche nebst einer „Erweiterungsfläche“ in 37 Parzellen zu – nach Angaben der Kläger – jeweils maximal 100 m² eingeteilt. Dies erfolgte, indem im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion aller Vereinsmitglieder zur Abgrenzung einzelner Parzellen voneinander Wege von ca. 4,50 m Breite angelegt wurden. Die vormalig auf den neuen Wegen stehenden Pflanzen wurden hierzu zerstörungsfrei entnommen und komplett umgepflanzt – nach unterschiedlicher Darstellung entweder auf die angrenzende „Erweiterungsfläche“ oder innerhalb der bereits von der Gemeinde bestockten Fläche. Alsdann wurden die so entstandenen Parzel-

len verlost. 28 Parzellen wurden von der Gemeinde beginnend ab Januar 2009 an Vereinsmitglieder zur Nutzung für den Anbau von Weinreben verpachtet. Die nicht verpachteten Parzellen wurden durch den Verein betreut, d. h. gepflegt.

Zum Jahr 2010 erfolgte eine Neuordnung der Pachtverhältnisse. Laut Pachtvertrag vom 16.12.2009 verpachtete die Gemeinde eine Teilfläche des Flurstücks 93 der Gemarkung Störmthal von 5.521 m² ab dem 1.1.2010 an den Kläger zu 1. Nach dem vorgelegten Pachtvertrag beträgt der Pachtzins für den Störmthaler Wein e.V. jährlich 10 Euro (§ 4 Nr. 1 Pachtvertrag). Die Verpachtung erfolgt ausschließlich für die Zwecke des Anbaus von Weinreben, wobei eine erwerbswirtschaftliche Bewirtschaftung der Pachtfläche unter Verkauf der aus den Flächen gewonnenen Weintrauben und des aus ihnen gekelterten Weins unzulässig ist (§ 1 Nr. 1 Pachtvertrag). Der Pächter ist zur ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Wirtschaftsführung insbesondere unter Beachtung der einschlägigen und jeweils geltenden Bundes- und Landesgesetze und Verordnungen zum Weinbau verpflichtet (§ 7 Pachtvertrag). Der Pächter ist mit Zustimmung der Verpächterin zur Unterverpachtung berechtigt (§ 10 Pachtvertrag). Die landwirtschaftliche Bestimmung der Pachtsache (Weinbau) darf ohne schriftliche Erlaubnis der Verpächterin nicht geändert werden (§ 11 Pachtvertrag). Dem Pächter wird für den Fall, dass ihm durch behördliche oder amtliche Weisung der Weinbau auf der gepachteten Fläche untersagt wird, ein außerordentliches Kündigungsrecht zugestanden (§ 12 Nr. 5 Pachtvertrag).

Der Kläger zu 1 schloss sodann mit 37 Vereinsmitgliedern zum 1.1.2010 inhaltsgleiche und weitgehend auch mit dem Hauptpachtvertrag übereinstimmende Unterpachtverträge über jeweils eine Teilfläche von 99 m² aus dem Flurstück 93 der Gemarkung Störmthal zur Nutzung für den Anbau von Weinreben ab. Die Parzellen wurden aus diesem Anlass nochmals neu ausgelost. Nach § 6 Nr. 2 des Unterpachtvertrages verpflichten sich die Pächter, den Anordnungen, Beschlüssen, Vorgaben etc. des Weinbeirates uneingeschränkt zu folgen, die dieser zur Einhaltung der weinrechtlichen Vorschriften sowie der Überwachung des Weinanbaus nach den anerkannten Regeln und zur Verteilung des Weines trifft. Eine Verletzung der Unterhaltungs- oder Bewirtschaftungsregeln des § 6 durch den Pächter berechtigt den Kläger zu 1 gemäß § 11 Nr. 2 des Unterpachtvertrages zu dessen fristloser Kündigung. Gegenstand des Unterpachtvertrages sind ferner auch der Inhalt und der Gegenstand der Satzung und der Geschäftsordnung des Klägers zu 1 (§ 1 Nr. 2 des Unterpachtvertrages). Auch die Kläger zu 2 und 3 schlossen am 23.1.2010 einen Unterpachtvertrag mit dem Kläger zu 1; der Kläger zu 2 ist Pächter der Parzelle 19, der Kläger zu 3 Pächter der Parzelle 3.

Die Satzung des Vereins wurde im Jahr 2010 dahingehend geändert, dass dessen Hauptzweck das Anlegen und Pflegen eines nicht gewerblichen Weinbergs zur Aufwertung der Attraktivität des Störmthaler Sees ist (§ 2 I. 1. der Satzung). Der Weinbeirat, nach § 6 der Satzung ein Organ des

Vereins, ist laut der Präambel für die Einhaltung der weinrechtlichen Vorschriften, die Überwachung des Weinanbaus und die Verteilung des Weins an die Mitglieder verantwortlich. Die Geschäftsordnung für den Weinbau, die vom Vorstand aufgestellt und von den aktiven Mitgliedern beschlossen wird, ist in ihren Richtlinien und Vorgaben für die Pächter verbindlich (§ 10 I. der Satzung). Ein Vereinsmitglied, welches u. a. gegen die Geschäftsordnung für den Weinbau oder Beschlüsse des Weinbeirats verstößt, kann gemäß § 4 III. 1. der Satzung ausgeschlossen werden. Nach der – für die Mitglieder verbindlichen – Geschäftsordnung legt der Weinbeirat die Sortenwahl der Weinstöcke, Pflanzabstände und Pflanzart fest, erfolgt die Beschaffung der Weinstöcke und der zur Pflanzung benötigten Hilfsmittel durch den Verein und trägt der Verein bei Ausfall nach der Pflanzung durch Frost, Tierschäden, Diebstahl etc. die Kosten für den Rebenersatz (s. § 2 der Geschäftsordnung). Laut § 4 der Geschäftsordnung erfolgt die Weinlese gemeinschaftlich durch die Mitglieder zu dem vom Weinbeirat festgelegten Termin, die Verarbeitung der Trauben findet an zentraler Stelle statt, die Organisation der Verarbeitung wird durch den Weinbeirat veranlasst und der Verein verteilt die Ertragsmenge, von der 10 % unentgeltlich an den Verein abzugeben sind; ferner wird er Eigentümer des zugeteilten Weins, der bis Jahresende nicht abgeholt wird.

Bereits am 12.5.2009 hatte das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) einen Sanktionsbescheid gegenüber der Gemeinde erlassen, mit dem eine Sanktion in Form einer Geldbuße in Höhe von 3.700 € festgesetzt worden war. Unter dem 23.6.2010 erging ein neuerlicher Sanktionsbescheid gegen die Gemeinde, mit dem eine Sanktion in Form einer Geldbuße in Höhe von 4.800 € festgesetzt wurde. Die Bescheide waren gestützt auf Art. 85a Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 491/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung [EG] Nr. 1234/2007, s. ABl. v. 17.6.2009, L 154 S. 1) bzw. die Vorgängervorschriften und Art. 55 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 555/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich der Stützungsprogramme, des Handels mit Drittländern, des Produktionspotenzials und der Kontrollen im Weinsektor (Verordnung [EG] Nr. 555/2008, ABl. v. 30.6.2008, L 170 S. 1). Sie betrafen die ursprünglich von der Gemeinde aufgerebte Fläche von 3.171 m², nicht die „Erweiterungsfläche“. Zur Begründung war im Wesentlichen ausgeführt, die Gemeinde habe als Erzeugerin ihrer bestehenden Rodungspflicht nach Art. 85a Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 nicht genügt. Das Verwaltungsgericht Leipzig wies die hiergegen gerichteten Klagen der Gemeinde ab (Urt. v. 10.2.2011, Az.: 5 K 439/09 und 5 K 635/10). Ebenso wie das SMUL betrachtete auch das Verwaltungsgericht die Gemeinde als Erzeuger im Sinne des Art. 85a

Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007. Eine Ausnahme vom Genehmigungserfordernis für Neuanpflanzungen gemäß Art. 60 Abs. 6 der Verordnung (EG) Nr. 555/2008 in Verbindung mit Art. 85h Abs. 1 lit. d der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und § 3 Abs. 3 Weinverordnung (WeinV) sah das Gericht nicht als gegeben an, weil die von der Gemeinde angepflanzte Fläche zum einen eine Größe von 3.171 m² aufwies und damit größer als 1 Ar war und die Fläche nach Auffassung des Gerichts zum anderen auch weinbergmäßig bepflanzt war. Die Änderung der Nutzungsverhältnisse mittels Pachtvertrag nach der rechtswidrigen Bepflanzung erachtete das Gericht für unbeachtlich.

Daraufhin wurden die noch von der Gemeinde angepflanzten Rebstöcke auf einer Fläche von 3.071 m² – jedenfalls weit überwiegend – im Frühjahr 2011 gerodet.

Bereits parallel zu den laufenden Gerichtsverfahren zwischen der Gemeinde und dem Beklagten versuchten die Kläger seit dem Frühjahr 2010 vom SMUL Auskunft zu erhalten, ob bzw. unter welchen Maßgaben ihr „Weingarten“ zulässig bzw. genehmigungsfrei sei. Dieses drohte mit Schreiben vom 2.11.2010 den Erlass eines Sanktionsbescheides gegenüber dem Kläger zu 1 an, welcher bislang indes nicht ergangen ist. Zuletzt wandten sich die Kläger zu 2 und 3 mit Schreiben vom 20.9.2011 an den Beklagten und begehrten Klarstellung, dass die auf ihren Parzellen bestehende bzw. beabsichtigte Aufrebung nach dem bislang im Weingarten geübten Schema zulässig sei; hilfsweise begehrten sie die Erteilung von Neuanpflanzungsrechten. Der Beklagte hat hierauf mit Schreiben vom 16.11.2011 mitgeteilt, im Hinblick auf die gleichzeitige, inhaltsgleiche Antragstellung beim Verwaltungsgericht zurzeit von einer Bescheidung abzusehen.

Am 21.9.2011 haben die Kläger Klage erhoben. Zur Begründung tragen sie vor, auf ihre Gesprächsbemühungen habe der Beklagte trotz der Ankündigung einer gegen ihn gerichteten Klage bis zuletzt nur hinhaltend bzw. gar nicht reagiert.

Die Klage sei als allgemeine Feststellungsklage zulässig. Bezüglich der Kläger zu 2 und 3 stelle die Frage der Genehmigungsfreiheit der Anpflanzung ein feststellungsfähiges Rechtsverhältnis dar. Die Rechtsbeziehung beruhe im vorliegenden Fall auf dem sich aus § 7 Abs. 2 Nr. 3 Weingesetz (WeinG) i. V. m. § 3 Abs. 3 WeinV ergebenden Verhältnis zu dem mit einem Sanktionsbescheid und Rodung drohenden SMUL in Bezug auf die genannten Parzellen. Bezüglich des Klägers zu 1 bestehe das Rechtsverhältnis ebenfalls in seiner Beziehung zum SMUL anlässlich der in Aussicht gestellten Sanktionierung als angeblicher Erzeuger beziehungsweise Nutzungsberechtigter der streitigen Flächen. Für die Kläger zu 2 und 3 bestehe angesichts der Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Leipzig vom 10.2.2011 ein berechtigtes rechtliches und wirtschaftliches Interesse an der Klärung der Frage, ob die erneute Bepflanzung unter geänderten Vorzeichen genehmigungsfrei sei.

Andernfalls riskierten sie nicht nur eine mit finanziellen Einbußen verbundene Rodungspflicht der Neuanspflanzung, sondern auch eine bußgeldbewehrte Sanktionierung ihres Verhaltens. Bezüglich des Klägers zu 1 bestehe das Interesse in der Klärung der Frage, ob er auch nach der Unterverpachtung der Weinbergflächen noch weinaufsichtsrechtlich in der Verantwortung stehe. Anlass zur Klärung dieser Frage bestehe schon deshalb, weil das SMUL bereits angekündigt habe, gegen den bestehenden Zustand einzuschreiten.

Zur Sache tragen die Kläger vor, die Kläger zu 2 und 3 kümmerten sich jeweils nur um ihre Parzellen, allerdings tatkräftig unterstützt durch andere Vereinsmitglieder. So seien im Jahr 2010 in einer Gemeinschaftsaktion über mehrere sogenannte Arbeitseinsätze die Parzellen mit einer sogenannten Drahtanlage bestückt worden. Hierzu sei ein Draht an im Boden befestigten Holzpfählen aufgespannt worden, der den Reben als Aufwuchshilfe dienen und zugleich die Pflege und spätere Aberntung der aufwachsenden Reben für die jeweiligen Pächter erleichtern solle.

Die vom Kläger zu 2 gepachtete Fläche sei bei der Rodungsaktion im Frühjahr 2011 zunächst gerodet, aber im Frühjahr 2012 wieder mit Keltertrauben der Sorte Cabernet Jura bestockt worden. Der Kläger zu 2 habe seine Fläche persönlich im besten Einvernehmen und bislang ohne verbindliche Vorgaben durch die Organe des Vereins bestockt. Die Hege und Pflege solle sporadisch – nämlich bei den sogenannten Arbeitseinsätzen – unter wechselseitiger Mithilfe seiner Vereinskameraden erfolgen. Bei der von der Gemeinde im Rahmen der Rodung verschonten Parzelle handele es sich um die östlich angrenzende Parzelle 24. Auch die vom Kläger zu 3 gepachtete Fläche sei im Frühjahr 2011 zunächst gerodet, jedoch bereits im Jahr 2011 erneut vom Kläger zu 3 unter Mitwirkung von Vereinskollegen mit je 11 Keltertrauben der Sorten Spätburgunder und Cabernet Jura bestockt worden.

Die Kläger verstünden unter „Hobbyweinbau“ keinesfalls Dilettantismus. Die neu bestockten Flächen seien wie die vorab gerodeten in „Reih und Glied“ bepflanzt. Auch seien die Kläger zu 2 und 3 gewillt, die durch die Vereinigung im Kläger zu 1 und das dort vorhandene Wissen über nachhaltigen, effektiven und erfolgreichen Weinbau möglichen Vorteile für eine möglichst große und qualitätsmäßig gute Ausbeute an Wein zu nutzen. Der Einsatz ggf. von den Pächtern gemeinsam beschaffter und verwendeter landwirtschaftlicher Maschinen sei ebenfalls angestrebt. Insbesondere was die weitere kelternde Behandlung der geernteten Reben bis hin zur Abfüllung des Weines angehe, hofften die Kläger zu 2 und 3 auf eine die vor Ort tätigen Pächter unterstützende und deren Aktivitäten koordinierende Leitung des Klägers zu 1. Die in gärtnerischen Angelegenheiten und insbesondere im Weinbau eher unerfahrenen Kläger zu 2 und 3 seien gewillt, sich ggf. an weinbäuerische Vorgaben des Klägers zu 1 zu halten und seine intellektuelle und logistische Unterstützung in Anspruch zu nehmen, da die in ihm versammelten Weinfreunde über das nötige Know How ver-

fügten. Damit bestehe zwar eine gewisse Abhängigkeit der Kläger zu 2 und 3 vom Kläger zu 1. Der physische Teil der Bewirtschaftung, nämlich das Einpflanzen, Heranziehen und Pflegen der Reben, solle aber weitestgehend von den Klägern zu 2 und 3 durchgeführt werden. Die Ausgestaltung des Verhältnisses des Klägers zu 1 zu seinen Mitgliedern sei im Detail noch offen; hierbei seien die Kläger durchaus bereit, Anregungen des Beklagten aufzunehmen.

Der Kläger zu 1 sei kein zentralistisch geführtes Gebilde, das sich der Vereinsmitglieder gleichsam als Strohleute bediene. Die Weinordnung habe bislang keinen Anwendungsbereich gehabt; sie könne erst dann als Anzeichen für Bestimmungsrechte des Vereins über die auf den Parzellen der Mitglieder erzeugten Weintrauben herangezogen werden, wenn die auf dem streitbefangenen Gelände angepflanzten Reben auch tatsächlich nennenswerten Ertrag abwürfen. Auch habe der Kläger zu 2 seit seiner Mitgliedschaft beim Kläger zu 1 stets darauf hingewiesen, dass rechtliche Bedenken gegen vereinsinterne Regelungen bestünden, wonach jemand anderes als der jeweilige Pächter darüber bestimmen könne, was mit den gewonnenen Keltertrauben geschieht. In der Folge sei in einer Mitgliederversammlung am 23.5.2012 beschlossen worden, sowohl den Weinbeirat als Gremium als auch die Weinordnung abzuschaffen. Der Vereinsvorstand habe seither einen geänderten Satzungsentwurf erarbeitet, der in der Mitgliederversammlung am 19.10.2012 informell bestätigt und zur Endredaktion erneut an den Vorstand verwiesen worden sei. Der geänderte Satzungsentwurf solle zur nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden; er sehe neben der Abschaffung des Weinbeirats und der Weinordnung (§ 10 der Änderungssatzung) u. a. auch die Abschaffung der Bestimmungen zur Abgabe von Wein vor. Der Kläger zu 2 würde den Kläger zu 1 nötigenfalls außergerichtlich und gerichtlich darauf in Anspruch nehmen, ihn von Vereinspflichten zu entbinden bzw. die Nichtigkeit von vereinsinternen Regeln anzuerkennen oder solche aufzuheben, die verhinderten, dass dem Kläger zu 2 der volle Ertrag der von ihm kultivierten Pflanzen und zugleich die Privilegien des § 3 Abs. 3 WeinV zugute kommen. Schon derzeit beschränke sich die gelebte Vereinspraxis darauf, dass der Kläger zu 1 gegenüber den Pächtern die regelmäßige Pflege und die Ableistung von Gemeinschaftsarbeit annehme.

Der von den Klägern zu 2 und 3 gewonnene Wein sei ausschließlich für deren Gebrauch bestimmt. Ein Verkauf oder vergleichbare marktgemäße Tätigkeiten seien ebenso wenig vorgesehen wie eine Abgabe des Weins an einen unbestimmten Personenkreis. Allerdings gingen die Kläger davon aus, dass sie im Rahmen entsprechender Gelegenheiten (Mahlzeiten, Feste, fröhliches Beisammensein) gemäß den üblichen Gepflogenheiten auch ihre Familienangehörigen, Freunde und Bekannten von dem gewonnenen Wein trinken lassen dürfen.

Die vom Kläger zu 2 vorgenommene Bepflanzung sei in dem dargestellten Umfang und auch der dargestellten Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 WeinG i. V. m. § 3 Abs. 3 WeinV genehmigungsfrei. Das

Verwaltungsgericht solle die gegenteilige Rechtsauffassung, die es in den erwähnten Urteilen vom 10.2.2011 jeweils im Rahmen von obiter dicta vertreten habe, überdenken. Insofern werde nochmals auf die ausführliche Darstellung des Klägers zu 2 in dem gegenüber der Gemeinde erstatteten Rechtsgutachten verwiesen. Anlass zur ergänzenden Reflexion bestehe insbesondere bezogen auf die Frage, wodurch sich – auch mit Blick auf die Grundrechtsrelevanz der Regelung – die schon „drakonisch“ zu nennende Lesart des § 3 Abs. 3 WeinV rechtfertigen lassen solle. Aus zwingenden Vorgaben des europäischen Weinrechts folge diese jedenfalls nicht. Dieses lasse den Mitgliedsstaaten unbeschadet zukünftig geplanter Liberalisierung des gemeinsamen Weinmarktrechts schon jetzt einen weiten Spielraum, nicht gewerblichen Weinbau zum Zwecke des Eigenverbrauchs entweder durch die räumlich unbeschränkte Ausgabe von Neuanpflanzungsrechten zu ermöglichen oder im Falle des Unterschreitens der europarechtlich vorgesehenen Bagatellgrenze von 0,1 Hektar die betreffenden Flächen von der Notwendigkeit der Erteilung von Neuanpflanzungsrechten auszunehmen. Da sich das deutsche Weinrecht inzwischen im Wesentlichen darauf beschränke, das europäische Weinrecht umzusetzen, müsse jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt § 3 Abs. 3 WeinV zeitgemäß dahingehend interpretiert werden, dass seine interpretationsoffenen materiell-rechtlichen Voraussetzungen die tatbestandlichen Grenzen sauber umsetzten, der der europarechtliche Rahmen (Art. 60 Abs. 6 der Verordnung [EG] 555/2008) für Ausnahmen vorsehe. § 3 Abs. 3 WeinV sei daher so zu interpretieren, dass eine nicht weinbergmäßige Anpflanzung vorliege, wenn es sich um eine hobbygärtnerische Anpflanzung handele, deren Erzeugnisse nicht vermarktet werden sollten. Das optische Erscheinungsbild der Anpflanzung sei dabei nicht entscheidend. Denn es erschließe sich nicht, aus welchen verfassungsrechtlich legitimen Gründen mit Blick auf Art. 2 Abs. 1 und 14 Abs. 1 GG hierzulande technisch professionell betriebener Hobbyweinbau durch Personen, die ansonsten nicht als Weinerzeuger in Erscheinung träten, eigentlich verboten sein solle. Interessanterweise sei der Beklagte selbst bis zur Meinungsäußerung der Kammer in ständiger Praxis der von den Klägern vertretenen Rechtsauffassung zur Auslegung des § 3 Abs. 3 WeinV gefolgt.

Hilfsweise stehe dem Kläger zu 2 zumindest ein Anspruch darauf zu, mit den für sein hobbygärtnerischen Vorhaben hinreichenden Neuanpflanzungsrechten ausgestattet zu werden. Auch insofern werde auf das genannte Rechtsgutachten verwiesen, in welchem herausgearbeitet werde, dass das europäische Weinrecht in Art. 85 Abs. 2 lit. d) der Verordnung (EG) 1234/2007 die Bundesrepublik und damit den Beklagten dazu ermächtige, entsprechende Neuanpflanzungsrechte außerhalb der Reserve zu erteilen. Angesichts fehlender Gegengründe werde diese Ermächtigung vorliegend zur Verpflichtung. Entsprechendes gelte für den Kläger zu 3. Zu anderen aufgestockten Flächen bestehe kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang. Außerdem handele es sich auch bei den weiteren

aufgestockten Flächen nach der Lesart der Kläger nicht um „weinbergmäßig“ bewirtschaftete Flächen.

Der Kläger zu 1 sei unabhängig von dem Zeitpunkt, auf den abgestellt werde, weder Nutzungsberechtigter im Sinne des § 3 Abs. 3 WeinV noch Erzeuger im Sinne des Art. 85h Abs. 1 der Verordnung (EG) 1234/2007 bzw. Art. 60 Abs. 6 der Verordnung (EG) 555/2008 und damit auch nicht tauglicher Adressat potenzieller Sanktionsbescheide. Denn er selber erstelle oder nutze die Anpflanzungen nicht. Weder pflanze er die Reben noch ernte er die Trauben. Bestockt und gepflegt würden sämtliche bestockten Flächen durch die jeweiligen Pächter selbst. Der Kläger zu 1 stelle den Mitgliedern lediglich die geschaffenen Parzellen zur Verfügung, die diese als Pächter im Rahmen ihrer Pachtverträge nutzten. Hieran ändere auch der Umstand nichts, dass der Kläger zu 1 in gewissem Maße ein Bestimmungs- und Vorschlagsrecht bezüglich der hobbywinzerischen Aktivitäten in Anspruch nehme. Letztlich stelle der Kläger zu 1 nicht mehr als einen institutionellen Rahmen für die Betätigung der Mitglieder dar. Er sammle Sachkompetenz, die er seinen Mitgliedern zur Verfügung stelle. Insofern sei nicht nachvollziehbar, wenn das SMUL in der Gestaltung des Vereins eine formalistische Umgehung des Neuanpflanzungsverbotes sehen wolle. Die Situation sei für die einzelnen Mitglieder nicht anders, als ob sie einen erfahrenen Bekannten um Rat fragten, der dadurch noch nicht zum Erzeuger oder Nutzer ihrer Anlage werde. Soweit es in § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Vereinssatzung heiße, Hauptzweck des Vereins sei das Anlegen und Pflegen eines nicht gewerblichen Weinbergs, bedeute dies nur, dass die Mitglieder nicht gewerblichen Weinbau betreiben sollten. Der Verein als juristische Person könne nicht höchstselbst einen Weinberg anlegen und pflegen, sondern handele durch seine Organe und Mitglieder. Soweit der Kläger zu 1 auch künftig plane, die aktiven Vereinsmitglieder durch Vorgaben zur Art und Intensität der Pflege ihrer Parzellen anzuleiten, Sanktionen vorsehe und auch ausspreche und soweit auch nicht aktive Vereinsmitglieder bei der Pflege des Weingartens, auch konkret bei der Pflege durch die konkreten Pächter, aufhülfen, gerate der Kläger zu 1 damit noch nicht einmal in die Nähe der Rolle eines „Erzeugers“. Auch soweit er den Vereinsmitgliedern auferlege, die geernteten Weintrauben an zentraler Stelle weiter nach Vorgaben des Vereins verarbeiten zu lassen, stelle er nur sicher, dass die hergestellten Weinerzeugnisse von einer bedenkenfrei trinkbaren und möglichst ordentlichen Qualität seien. Jedem einzelnen Pächter fließe nach der Verarbeitung ein auf Grund seiner hobbywinzerischen Betätigung erzeugter und alleine für den Konsum in seinem Haushalt bestimmter Anteil zu.

Der Kläger zu 1 beantragt,

festzustellen, dass der Kläger zu 1, bezogen auf die wie aus Anlage 1 ersichtliche und mit einem Zaun umschlossene Teilfläche des Flurstückes Nr. 93 der Gemarkung Störmthal, weder Nutzungsberechtigter im Sinne des § 3 Abs. 3 WeinV noch Erzeuger im Sinne des

Art. 85a Abs. 1, 3, Art. 85h Abs. 1 der Verordnung (EG) 1234/2007 beziehungsweise Art. 60 Abs. 6 der Verordnung (EG) 555/2008 ist.

Der Kläger zu 2 beantragt sinngemäß,

festzustellen, dass die Anpflanzung und Kultivierung von kelterfähigen Weinpflanzen zum Zwecke der Weinerzeugung auf der auf dem Flurstück Nr. 93 der Gemarkung Störmthal liegenden und in Anlage 1 als Parzelle Nr. 19 bezeichneten Fläche genehmigungsfrei ist und nicht unter eine Rodungspflicht fällt,

hilfsweise, den Beklagten zu verpflichten, ihm Neuanpflanzungsrechte in entsprechender Größe für die Anpflanzung mit und Kultivierung von kelterfähigen Weinpflanzen zum Zwecke der Weinerzeugung auf der wie vor bezeichneten Fläche zu erteilen.

Der Kläger zu 3 beantragt sinngemäß,

festzustellen, dass die Anpflanzung und Kultivierung von kelterfähigen Weinpflanzen zum Zwecke der Weinerzeugung auf der auf dem Flurstück Nr. 93 der Gemarkung Störmthal liegenden und in Anlage 1 als Parzelle Nr. 3 bezeichneten Fläche genehmigungsfrei ist und nicht unter eine Rodungspflicht fällt,

hilfsweise, den Beklagten zu verpflichten, ihm Neuanpflanzungsrechte in entsprechender Größe für die Anpflanzung mit und Kultivierung von kelterfähigen Weinpflanzen zum Zwecke der Weinerzeugung auf der wie vor bezeichneten Fläche zu erteilen.

Der Beklagte beantragt jeweils,

die Klage abzuweisen.

Soweit mit der Klage vorgetragen werde, dass das Verhältnis der Mitglieder zum Kläger zu 1 noch nicht feststehe, sei dies erstaunlich, nachdem die Kläger doch andererseits ihre grundsätzliche Zusammenarbeit in der Klage darlegten, wie z. B. Einheitspachtverträge, Beratung und Vorhaltung von landwirtschaftlichen Maschinen durch den Verein, Hilfe der anderen Vereinsmitglieder.

Die geforderte Erklärung, dass der Kläger zu 1 nicht Erzeuger sei, könne vom Beklagten zurzeit nicht abgegeben werden. Erzeuger im Sinne des Art. 85a Abs. 1 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 sei zunächst derjenige, der die Reben gepflanzt habe. Dies habe auch das erkennende Gericht im Urteil vom 10.2.2011 (5 K 635/10) entschieden. Der Entwurf eines Sanktionsbescheides vom 27.10.2011 folge dieser Definition; indes diene die gewählte Konstruktion nach Auffassung des Beklagten der Umgehung der 1-Ar-Grenze. Aber auch Art. 22a der Verordnung (EG) Nr. 436/2009 sehe eine Erzeugerdefinition vor; danach seien Erzeuger natürliche oder juristische Personen oder Vereinigungen solcher Personen, die über frische Trauben, Traubenmost oder Jungwein verfügten oder verfügt hätten und sie zu Wein verarbeiteten oder verarbeiten ließen. Diese Regelung stehe im Zusammenhang mit Begleitdokumenten bei der Beförderung von Weinbauerzeugnissen und im Weinsektor zu führenden Büchern. Zumindest die Satzung und die Geschäftsordnung Wein des Klägers zu 1 sprächen dafür, dass dieser – anders als in der Klageschrift vorge tragen – Rechte an dem gewonnenen Wein erwerbe, indem er Eigentümer eines Teils der jährlichen

Ertragsmenge werde. Sowohl die Satzung als auch die Geschäftsordnung Wein würden durch § 1 der zwischen dem Kläger zu 1 und seinen Mitgliedern geschlossenen Pachtverträge durch Bezugnahme zum Gegenstand des Pachtvertrages gemacht.

Die Kläger zu 2 und 3 hätten erst mit Schreiben vom 20.9.2011 beim SMUL inhaltsgleiche Anträge wie in der Klage gestellt. Es erstaune dann doch, dass mit selbem Datum bereits die Klage erstellt worden sei.

Bei einer Vermessung der von der Gemeinde gerodeten Fläche entsprechend Art. 30 der Verordnung (EG) Nr. 796/2004 bzw. Art. 34 der Verordnung (EG) Nr. 1112/2009 sei festgestellt worden, dass insgesamt eine Fläche von 3.036 m² beräumt worden sei. Die fehlenden 31 m² (*rechnerisch: 35 m²*) fielen jedoch unter den Toleranzbereich der Flächenberechnung. Die im April 2011 gerodete Fläche umfasse die Parzellen 1 bis 23 sowie die Parzellen 25 und 26. Auf der von der Gemeinde gerodeten Fläche seien hernach lückenhafte Aufrebungen vorgenommen worden, ausweislich der Informationen auf der Homepage des Klägers zuletzt im April 2012. Bei den von den Klägern übermittelten Vermessungsdaten einerseits und den dem Beklagten vorliegenden Vermessungsdaten der von der Gemeinde gerodeten Fläche andererseits ergebe sich hinsichtlich der Lage der Parzellen eine Abweichung, welche jedoch auch auf vermessungstechnisch bedingte Messtoleranzen zurückzuführen sein könne.

§ 3 Abs. 3 WeinV setze für die Genehmigungsfreiheit zum Pflanzen von Kelterwein zunächst eine Neuanpflanzung voraus, die nicht gegeben sei, wenn die Fläche bereits zuvor durch einen anderen aufgerebt worden sei. Des Weiteren handele es sich nicht um eine nicht weinbergmäßig bepflanzte Fläche im Sinne des § 3 Abs. 3 WeinV. Aus der Begründung zu § 1c der Bundesratsdrucksache 8/4020 ergebe sich der Wille des Gesetzgebers, dass nicht weinbergmäßige Anpflanzungen z. B. bei solchen an Wänden oder in Hausgärten anzunehmen seien. Auch das VG Leipzig habe im Urteil vom 10.2.2011 (Az. 5 K 439/09) ausgeführt, dass eine nicht weinbergmäßig bepflanzte Fläche eine solche sei, die nicht nur ihrem Zweck, sondern auch ihrer Art nach dem Hobby oder Eigenbedarf diene und deren Erträge nicht vermarktet werden sollten. Abzustellen sei nach dem Wortsinn in erster Linie auf den Gesamteindruck (Anlage in Reihen mit Abständen wie in einem Weinberg oder ähnlich einem Ziergarten). Die nicht gerodeten Parzellen seien weinbergmäßig angelegt. Aus dem Vortrag der Kläger ergebe sich ferner, dass diese die neu zu bestockenden Flächen in ähnlicher Weise zu bepflanzen beabsichtigten wie die durch die Gemeinde gerodeten Flächen. Die Rebstöcke sollten unter Nutzung einer Unterstützungsanlage in „Reih und Glied“ stehen. Die Kläger seien ferner gewillt, „nachhaltigen, effektiven und erfolgreichen Weinbau“ zu betreiben und hierbei „eine möglichst große und qualitätsmäßig gute Ausbeute an Wein“ zu erzielen. Auch der Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen sei angestrebt, die gemeinsam beschafft und verwendet werden sollten.

Die Flächen sollten also weinbergmäßig bepflanzt werden, was gemäß § 3 Abs. 3 WeinV nicht genehmigungsfrei sei.

Rebrechte könnten für das am Störmthaler See in Rede stehende Grundstück weder insgesamt, noch bezogen auf einzelne Parzellen erteilt werden. Neuanpflanzungsrechte könnten gemäß § 7 Abs. 1 WeinG nur für Flächen erteilt werden, die zur Erzeugung von Qualitätswein b. A. oder Landwein geeignet seien. Das zur Erzeugung von Qualitätswein b. A. oder Landwein abgegrenzte Gebiet sei in § 2 WeinrechtsDVO Sachsen festgelegt. Großpösna liege außerhalb des Anbaugebietes, somit sei eine Erteilung von Pflanzrechten nicht möglich.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstands wird auf den Inhalt der Gerichtsakten zum vorliegenden Verfahren sowie zu den Verfahren 5 K 439/09 und 5 K 635/10 sowie der vom Beklagten vorgelegten Verwaltungsakten verwiesen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung waren.

Entscheidungsgründe

Die Klagen haben keinen Erfolg. Sie sind zwar zulässig, aber unbegründet.

I. 1. Die Feststellungsklage (§ 43 Abs. 1 VwGO) des Klägers zu 1 ist zulässig, da das Rechtsverhältnis hinreichend konkret (vgl. Kopp/Schenke, VwGO, 18. Aufl., § 43 Rn. 17) und der begehrte Rechtsschutz hinreichend effektiv ist. Der Kläger zu 1 hat ein berechtigtes Interesse an der begehrten Feststellung. Dieses ist anzunehmen, wenn die Rechtslage unklar ist, die zuständige Behörde insoweit anderer Auffassung als der Kläger ist und der Kläger sein künftiges Verhalten an der Feststellung orientieren will oder er Grund zur Besorgnis der Gefährdung seiner Rechte hat (Kopp/Schenke, a. a. O., Rn. 24).

Der Feststellungsklage liegt ein mindestens seit dem Jahr 2010 andauernder Konflikt zwischen dem Kläger zu 1 und dem Beklagten zugrunde, in dem bislang allerdings noch kein Bescheid vorliegt, den der Kläger zu 1 anfechten könnte (vgl. § 43 Abs. 2 Satz 1 VwGO). Der Beklagte hat zwar mit Schreiben vom 2.11.2010 den Erlass eines Sanktionsbescheides gegenüber dem Kläger zu 1 angekündigt; ein solcher Sanktionsbescheid ist aber tatsächlich noch nicht ergangen. Dem Kläger zu 1 kann nicht angesonnen werden, zunächst den Erlass eines Sanktionsbescheides abzuwarten, da ihm hierdurch erhebliche Kosten entstehen können, denen er im Falle des Unterliegens mit seiner Feststellungsklage durch Rodung zuvorkommen kann.

Soweit der Kläger zu 1 seinen Feststellungsantrag mit Schriftsatz vom 5.3.2013 dahingehend geändert hat, dass er nunmehr auch die Feststellung begehrt, dass er bezogen auf die Pachtfläche nicht Erzeuger im Sinne des Art. 85a Abs. 1 und 3 der Verordnung (EG) 1234/2007 ist, handelt es sich

um eine sachdienliche Klarstellung des Antrags. Die genannte Vorschrift betrifft die Rodungspflicht für ungenehmigte Neupflanzungen, um die es dem Kläger zu 1 primär geht.

2. Die Feststellungsklage des Klägers zu 1 ist aber unbegründet. Die begehrte Feststellung kann so nicht getroffen werden, da sie sich als unzutreffend erweist. Auch wenn beim Bestehen eines Pachtverhältnisses grundsätzlich nicht der Verpächter, sondern der Pächter als verantwortlicher Erzeuger angesehen wird, bestehen im vorliegenden Fall Besonderheiten, die es rechtfertigen, den klagenden Verein als Erzeuger zu betrachten.

a. Gemäß Art. 85a Abs. 1 der Verordnung (EG) 1234/2007 müssen die Erzeuger gegebenenfalls Flächen, die nach dem 31.8.1998 ohne entsprechende Pflanzungsrechte mit Reben bepflanzt wurden, auf eigene Kosten roden. Gegenüber Erzeugern, die dieser Rodungspflicht nicht genügt haben, erlassen die Mitgliedsstaaten gemäß Art. 85a Abs. 3 der Verordnung (EG) 1234/2007 Sanktionen, die je nach Schwere, Umfang und Dauer des Verstoßes abgestuft werden.

In den Urteilen vom 10.2.2011 (5 K 439/09 und 5 K 635/10), welche im Rechtsstreit zwischen der Gemeinde und dem Beklagten ergangen sind, hat das erkennende Gericht für die Erzeugereigenschaft im Sinne des Art. 85a Abs. 1 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 (bzw. der Vorgängerregelung des Art. 85 Abs. 1 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 479/2008) darauf abgestellt, wer die Reben gepflanzt hat. Demgegenüber enthält die vom Beklagten nunmehr in Bezug genommene Regelung in Art. 22 lit. a der Verordnung (EG) Nr. 436/2009 der Kommission vom 26. Mai 2009 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates hinsichtlich der Weinbaukartei, der obligatorischen Meldungen und der Sammlung von Informationen zur Überwachung des Marktes, der Begleitdokumente für die Beförderung von Weinbauerzeugnissen und der Ein- und Ausgangsbücher im Weinsektor (ABl. L 128 v. 27.5.2009, S. 15) eine andere Erzeugerdefinition. Danach sind Erzeuger natürliche oder juristische Personen oder Vereinigungen solcher Personen, die über frische Trauben, Traubenmost oder Jungwein verfügen oder verfügt haben und sie zu Wein verarbeiten oder verarbeiten lassen. Diese Definition setzt (naturgemäß) erst bei der Ernte der Trauben an, da es in dem betreffenden Titel der angesprochenen Verordnung um Begleitdokumente bei der Beförderung von Weinbauerzeugnissen und im Weinsektor zu führende Bücher geht. Die Verwendung dieser Erzeugerdefinition auch im Rahmen der hier entscheidenden Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 liegt in der Tat dann nahe, wenn tatsächlich Trauben geerntet und zu Weinbauerzeugnissen verarbeitet werden; sie stößt jedoch an Grenzen, wenn (wie bei der Sachverhaltskonstellation in den beiden vorausgegangenen Verfahren der Gemeinde) noch keine Trauben erzeugt werden. In letzterem Fall spricht die unionsrechtlich gebotene Auslegungsmaxime, wonach Unionsrecht so auszulegen ist, dass ihm die größtmögliche praktische Wirksamkeit zukommt (sog. effet utile-Grundsatz, vgl. dazu EuGH, Urt. v. 8.4.1976 - 48/75 -, Slg 1976, 497, DVBl 1976, 705),

dagegen, die Erzeugereigenschaft davon abhängig zu machen, dass über Trauben oder Weinbauerzeugnisse verfügt wird. Denn dann gäbe es einen verantwortlichen Erzeuger, dem gegenüber die Rodungspflicht durchgesetzt werden kann, erst mit dem entsprechenden Aufwuchs der ohne Pflanzungsrechte gesetzten Rebstöcke. Ein Zuwarten mit der Sanktionierung bis zu diesem Zeitpunkt widerspricht aber dem erkennbaren Ziel der in Art. 85a Abs. 1 der Verordnung (EG) 1234/2007 normierten Rodungspflicht, bereits die Entstehung von Trauben auf den betreffenden Flächen zu verhindern.

b. Die Frage, ob und inwieweit die in den Verfahren 5 K 439/09 und 5 K 635/10 gefundene Erzeugerdefinition zu überdenken ist, bedarf indes im vorliegenden Fall keiner abschließenden Entscheidung.

Die Gestaltung der Pachtverhältnisse und die Vereinsstruktur erlauben es jedenfalls seit dem Jahr 2010, dem Kläger zu 1 sowohl die Pflanzung der Reben als auch die Erzeugung der Trauben und deren Verarbeitung zu Wein infolge seiner Organisationsmacht zuzurechnen. Es ist gerade nicht so, dass – wie die Klage glauben machen will – der Kläger zu 1 seinen Mitgliedern lediglich die geschaffenen Parzellen als Verpächter und seine Sachkompetenz als Ratgeber zur Verfügung stellt.

Der Kläger zu 1 ist seit Ende 2009 Pächter des streitigen Geländes und verpachtet seinerseits über Unterpachtverträge ab dem 1.1.2010 Teilflächen von jeweils 99 m² an die (aktiven) Vereinsmitglieder. Nach § 6 Nr. 2 des Unterpachtvertrages verpflichten sich die Pächter, den Anordnungen, Beschlüssen, Vorgaben etc. des Weinbeirates (eines Organs des Klägers zu 1) uneingeschränkt zu folgen, die dieser zur Einhaltung der weinrechtlichen Vorschriften sowie der Überwachung des Weinanbaus nach den anerkannten Regeln und zur Verteilung des Weines trifft. Eine Verletzung der Unterhaltungs- oder Bewirtschaftungsregeln des § 6 durch den Pächter berechtigt den Kläger zu 1 gemäß § 11 Nr. 2 des Unterpachtvertrages zu dessen fristloser Kündigung. Auch die Geschäftsordnung für den Weinbau, die vom Vorstand aufgestellt und von den aktiven Mitgliedern beschlossen wird, ist in ihren Richtlinien und Vorgaben für die Pächter verbindlich (§ 10 I. der aktuellen, seit 2010 geltenden Vereinssatzung). Ein Vereinsmitglied, welches u. a. gegen die Geschäftsordnung für den Weinbau oder Beschlüsse des Weinbeirates verstößt, kann gemäß § 4 III. 1. der Satzung ausgeschlossen werden. Inhalt und Gegenstand der Satzung und der Geschäftsordnung sind auch Gegenstand des Unterpachtvertrages (dort § 1 Nr. 2). Laut § 2 der Geschäftsordnung für den Weinbau legt nicht der einzelne Pächter, sondern der Weinbeirat die Sortenwahl der Weinstöcke, deren Pflanzabstände und Pflanzart fest. Die Beschaffung sowohl der Weinstöcke als auch der zur Pflanzung benötigten Hilfsmittel erfolgt durch den Kläger zu 1; dieser trägt – außer bei unsachgemäßer Behandlung der Reben – auch das wirtschaftliche Risiko eines Ausfalls.

Es kann auch nicht festgestellt werden, dass die jeweiligen Pächter sich jeweils nur um ihre Parzellen kümmerten. Der Prozessbevollmächtigte der Kläger zu 2 und 3 räumt selbst ein, dass die Kläger zu 2 und 3 bei der Bearbeitung ihrer Parzellen durch andere Vereinsmitglieder tatkräftig unterstützt würden. In der Praxis sieht dies so aus, dass durch den Kläger zu 1 „Arbeitseinsätze“ festgelegt werden, bei denen jeweils im Rahmen von Gemeinschaftsaktionen Arbeiten am gesamten „Weingarten“ vorgenommen werden, etwa im Jahr 2010 die Errichtung der Drahtanlage. Bodenbearbeitung und Pflanzenschutzmaßnahmen werden gemäß § 2 VI. der Geschäftsordnung ebenfalls gemeinschaftlich durchgeführt. Alle Pächter sind gemäß § 3 III. der Geschäftsordnung verpflichtet, eine Mindeststundenzahl pro Jahr an Gemeinschaftsarbeit zu leisten und dem Weinbeirat zwecks Erfassung zu melden. Auch die Pflanzungen erfolgten bislang im Rahmen von Gemeinschaftsaktionen, etwa im Zusammenhang mit der Anlegung des Wegenetzes im Jahr 2009 oder bei der Pflanzaktion im Frühjahr 2012. Das Vorgehen im April 2012 ist durch einen Internet-Aufruf des Klägers zu 1 dokumentiert (Bl. 152 der Gerichtsakte): Zunächst wurden bei einem gemeinschaftlichen Arbeitseinsatz alle Vorbereitungen zur Aufhebung der Parzellen getroffen, im Rahmen eines weiteren gemeinschaftlichen Arbeitseinsatzes fand sodann die Aufhebung statt. Der Kläger zu 1 tut kund, die Aufhebung erfolge „durch die jeweiligen Pächter der Parzellen“, „Hilfe wird aber in jedem Fall benötigt“. Der Kläger zu 3 lässt selbst vortragen, er habe seine Pachtfläche unter Mitwirkung von Vereinskollegen bestockt. Was die weitere Pflege der Rebstöcke betrifft, so wird für den Kläger zu 2 erklärt, diese solle sporadisch – nämlich bei den genannten Arbeitseinsätzen – unter wechselseitiger Mithilfe der Vereinskameraden erfolgen. Auch der Einsatz gemeinsam (nämlich durch den Kläger zu 1, § 3 II. der Geschäftsordnung) beschaffter und gemeinsam verwendeter landwirtschaftlicher Maschinen ist vorgesehen. Was die Ernte und Kelterung der geernteten Reben angeht, geht die Funktion des Klägers zu 1 offenbar über eine bloße „koordinierende Leitung“ und Unterstützung der vor Ort tätigen Pächter hinaus. Laut § 4 der Geschäftsordnung erfolgt die Weinlese gemeinschaftlich durch die Mitglieder zu dem vom Weinbeirat festgelegten Termin, die Verarbeitung der Trauben findet an zentraler Stelle statt, die Organisation der Verarbeitung wird durch den Weinbeirat veranlasst und der Verein verteilt die Ertragsmenge. Ausweislich der Satzung und der Geschäftsordnung steht dem Kläger zu 1 ferner ein Teil der jährlichen Ertragsmenge zur eigenen Verfügung zu. Entsprechend wurde noch im Jahr 2012 verfahren (vgl. S. 4 der Niederschrift zur mündlichen Verhandlung vom 26.4.2013).

In Übereinstimmung mit diesem Befund hat der Vorstandsvorsitzende des Klägers zu 1 – zugleich der Kläger zu 3 – in der mündlichen Verhandlung vom 26.4.2013 ausdrücklich erklärt (S. 4 der Niederschrift zur mündlichen Verhandlung), den Vereinsmitgliedern sei es ursprünglich, d. h. bei der Vereinsgründung und der Ausgestaltung der Bestimmungen der Satzung und der Pachtverträge,

nicht darum gegangen, dass jeder nur seine Parzelle allein bewirtschaftete und beerntete und allein den Wein seiner Parzelle erzeuge, sondern es sei immer darum gegangen, dass die Vereinsmitglieder gemeinsam den Wein abernteten, kelterten und dann entsprechend der Größe der Parzelle bzw. des Ertrages den Wein verteilten. Es kann auch keine Rede davon sein, dass es den Weinbeirat – wie vom Klägervertreter in der mündlichen Verhandlung vom 7.3.2013 behauptet – „organschaftlich nie gegeben“ habe. Die fünf Mitglieder des Beirats (§ 8 der Satzung), die den Vorstand – in Anlehnung an das Bad Nauheimer Modell – um Praktiker ergänzen sollten, die sich mit Wein und Weinbau auskennen, wurden tatsächlich gewählt. Zu den Mitgliedern des Weinbeirats zähl(t)en etwa Herr Keiselt, welcher die Maschine zur Herstellung des Wegenetzes bereitstellte und der frühere LPG-Vorsitzende Herr Wolf, der einen Traktor beisteuerte und im Sommer 2011 zur Bewässerung der Reben 10.000 Liter Wasser anlieferte (S. 3 der Niederschrift zur mündlichen Verhandlung). Auf der Homepage des Vereins sind unter „Chronik“ für die einzelnen Jahre immer wieder Aktivitäten des Weinbeirats verzeichnet.

Die Kläger zu 2 und 3 sind überdies nicht nur gewillt, sondern angesichts der Ausgestaltung der Unterpachtverhältnisse gezwungen, sich an die weinbäuerischen Vorgaben des Klägers zu 1 zu halten, wenn sie nicht die außerordentliche Kündigung ihres Pachtverhältnisses riskieren wollen. Diese Vorgaben des Klägers zu 1 gehen dabei weit über die Vorgaben hinaus, die etwa Kleingärtnern von einem – vom Kläger zu 2 als Vergleich herangezogenen – Kleingartenverein gemacht werden. So sind die Vereinsmitglieder des Klägers zu 1 nicht nur auf die Anpflanzung von Wein beschränkt, sogar die zu pflanzenden Sorten einschließlich Pflanzabständen und Pflanzart werden ihnen vorge-schrieben. Anders als im Kleingarten erntet und verwertet auch nicht etwa jeder Pächter die von ihm angebauten Früchte selbst, sondern diese werden nach gemeinsamer Ernte einer gemeinsamen Verwertung zugeführt, wobei dann jeder Pächter (bei Ableistung aller vom Weinbeirat festgelegten Pflichtarbeitsstunden) vom Kläger zu 1 eine gleich große Zuteilung des gewonnenen Weins erhält (§ 4 VII. und VIII. der Geschäftsordnung). Die Gestaltung erinnert damit mehr an einen Weinbau-ern, der weisungsabhängige Arbeiter beschäftigt – nur dass die Entlohnung eben nicht in Geld, son-der in Weindeputaten erfolgt. Es verwundert daher auch nicht, dass der Beklagte in der Gestaltung des Vereins den Versuch einer Umgehung des Neuanpflanzungsverbotes sieht. Die mitgeteilten beabsichtigten Satzungsänderungen sind noch nicht beschlossen worden.

c. Auch die Bepflanzung der im Jahr 2009 im Zusammenhang mit der Parzellierung der bestehen- den Rebfläche angelegten sogenannten Erweiterungsfläche ist dem Kläger zu 1 und nicht den ein- zelnen Pächtern zuzurechnen.

Seinerzeit wurden zwar noch Pachtverhältnisse der Vereinsmitglieder direkt mit der Gemeinde und nicht mit dem Verein abgeschlossen. Jedoch war der Kläger zu 1 bereits gegründet, die seinerzeit

gültige Vereinssatzung nennt als Hauptzweck des Vereins das Anlegen und Pflegen eines kleinen Weinbergs (...) (§ 2 Abs. 1 (a) der Satzung). Gemeinschaftsaktionen gab es schon damals. Nach § 4 Abs. 3 der Satzung verpflichteten sich die Mitglieder, bei gemeinsamen Aktionen fair zusammenzuarbeiten. Mitglieder, die gegen die Interessen des Vereins verstießen, konnten ausgeschlossen werden. Die Geschäftsordnung für den Weinbau war damals wohl noch nicht beschlossen (s. Bl. 139 der Verwaltungsakte). Die Satzung nennt auch noch nicht den Weinbeirat als Vereinsorgan, gleichwohl war bereits ein Weinbeirat tätig: Auf der Homepage des Vereins wird unter „Chronik“ für das Jahr 2009 berichtet, dass der Weinbeirat die Düngung des „Weingartens“ übernommen habe. Im Ergebnis waren die Pächter bei der Bewirtschaftung ihrer Parzellen damals nicht in gleichem Maße rechtlich vom Kläger zu 1 abhängig wie in den Folgejahren.

Faktisch hatte allerdings schon damals der Kläger zu 1 bestimmenden Einfluss, jedenfalls die Parzellierung des „Weingartens“ und die Bestockung der Erweiterungsfläche gehen auf seine Initiative zurück: Bereits in den vorangegangenen Klageverfahren der Gemeinde wurde bezüglich der Parzellierung und Umpflanzung im Jahr 2009 vorgetragen, der gesamte Vorgang sei *auf Geheiß des Vorstandes* des Klägers zu 1 und im persönlichen Einsatz der Vereinsmitglieder erfolgt. Bezeichnenderweise spricht der Prozessbevollmächtigte der Kläger zu 2 und 3 selbst in der Klageschrift davon, die Erweiterungsfläche sei im Frühjahr 2009 im Rahmen der Anlegung des Wegenetzes *auf der vom Verein angepachteten* Fläche bepflanzt und hierbei zugleich die *Pachtfläche des Vereins* vergrößert worden (Bl. 6 der Gerichtsakte), obwohl ein Pachtvertrag des Vereins mit der Gemeinde zu dieser Zeit noch nicht bestand. Bei der Anlage des Wegenetzes und der nachfolgenden Aufhebung der Erweiterungsfläche handelte es sich um eine Gemeinschaftsaktion aller Mitglieder, seinerzeit etwa 40 bis 45 Leute (S. 2 der Niederschrift zur mündlichen Verhandlung). Die Pflanzung der Reben erfolgte also nicht nur durch diejenigen Vereinsmitglieder, welche hernach eine der 37 entstandenen Parzellen pachteten. Die einzelnen angehenden Pächter waren überdies schon deshalb nicht in der Lage, in eigener Verantwortung ihre jeweils eigene Parzelle zu bestocken, weil die Verlosung der Parzellen erst nach der Pflanzaktion stattfand. Bei der Aufhebung wussten die Beteiligten somit noch gar nicht, welche Parzelle ihnen zufallen würde (S. 2 der Niederschrift zur mündlichen Verhandlung). Das Bild wird dadurch abgerundet, dass der Kläger zu 1 – in Vorwegnahme von § 2 IV. der Geschäftsordnung Wein – bereits 2009 auch diejenigen Parzellen der Erweiterungsfläche mit betreute, die seinerzeit nicht verpachtet waren.

d. Eine andere Beurteilung folgt schließlich nicht daraus, dass die Gemeinschaftsidee nach dem Vorbringen des Klägers zu 1 mittlerweile nicht mehr so im Vordergrund steht wie zu Beginn und stattdessen im Verein der Gedanke im Vordringen begriffen ist, dass jeder Einzelne für seine Par-

zelle selbst verantwortlich sei. Denn dieses neue Gedankengut hat bislang in der Ausgestaltung der Rechtsverhältnisse des Klägers zu 1 zu seinen Mitgliedern keinen Niederschlag gefunden.

Wohl soll in einer Mitgliederversammlung am 23.5.2012 beschlossen worden sein, sowohl den als „Wasserkopf“ empfundenen Weinbeirat als Gremium als auch die Weinordnung abzuschaffen. Der vom Klägervertreter vorgelegte Entwurf einer geänderten Satzung sieht dementsprechend den Verzicht auf den Weinbeirat und die Weinordnung vor (§ 10 der Änderungssatzung), ferner u. a. auch die Abschaffung der Bestimmungen zur Abgabe von Wein an den Kläger zu 1. Jedoch ist die im Jahr 2010 in Kraft gesetzte Satzung im Nachgang zum Beschluss vom 23.5.2012 bis heute nicht geändert worden. Diesbezüglich hat der Vorstandsvorsitzende des Klägers zu 1 in der mündlichen Verhandlung vom 26.4.2013 erläutert, die Änderungen seien aufgrund seiner erheblichen beruflichen Anspannung nicht weiter forciert worden. Nachdem beschlossen worden sei, den Weinbeirat abzuschaffen, sei jedoch niemand mehr bestimmt worden, der die Funktion des Weinbeirats ausübe. Aber es gebe noch die Personen, die damals dazu gewählt worden seien (S. 3 der Niederschrift zur mündlichen Verhandlung). Hierzu ist anzumerken, dass § 8 der geltenden Satzung, der die Zusammensetzung und Wahl des Weinbeirats regelt, keine Bestimmung zur Amtsdauer der Mitglieder dieses Gremiums trifft. Lediglich der Vorsitzende des Weinbeirats wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt (§ 8 II 2 der Satzung). Der Weinbeirat besteht damit fort. Wie bereits dargelegt, fand auch im Jahr 2012– in Übereinstimmung mit § 4 der Geschäftsordnung Wein – eine gemeinsame Weinlese statt, die dabei gewonnenen Trauben ließ der Kläger zu 1 zentral vom „Rebenaus Meißer“ zusammen mit dessen eigener Traubenernte keltern und vergären. Im Ergebnis wurden dem Kläger zu 1 60 Flaschen Wein zur Verfügung gestellt, die an die Pächter, d. h. die aktiven Mitglieder, zu gleichen Teilen verteilt wurden. Jeder erhielt zwei Flaschen, die verbleibenden sechs oder sieben Flaschen kamen in einem Fundus, um zu gegebener Zeit ausgeschenkt werden zu können – sie wurden also dem Kläger zu 1 zugewiesen (S. 4 der Niederschrift zur mündlichen Verhandlung vom 26.4.2013), der damit auch selbst über Wein verfügt. Weder die vom Kläger zu 2 favorisierte Lösung, den gewonnenen Wein nach dem Ertrag der einzelnen Parzelle zuzuteilen, noch die Vorstellung des Klägers zu 3, die Zuteilung des Weins in Abhängigkeit von der Aktivität der Vereinsmitglieder zu gestalten, hat sich bislang durchsetzen können. Soweit der Kläger zu 2 erklärt, seine (weitere) Vereinsmitgliedschaft davon abhängig zu machen, dass sich die von ihm bevorzugte individualistische Lösung im Verein durchsetze, ist dies unerheblich. Denn diese Erklärung vermag nichts daran zu ändern, dass auch der Kläger zu 2 derzeit Mitglied im Kläger zu 1 ist.

e. Dem Kläger zu 1 kann somit nicht – antragsgemäß – bescheinigt werden, dass er in Bezug auf die vom Verein genutzte Pachtfläche (die aus Anlage 1 der Klageschrift ersichtliche und mit einem

Zaun umschlossene Teilfläche des Flurstückes Nr. 93 der Gemarkung Störmthal) nicht als Erzeuger anzusehen sei.

II. 1. a. Die Feststellungsklage des Klägers zu 2 ist ebenfalls zulässig. Bei der Frage der Genehmigungsfreiheit der Anpflanzung handelt es sich um ein feststellungsfähiges Rechtsverhältnis, der begehrte Rechtsschutz ist auch hier hinreichend effektiv. Der Kläger zu 2 hat ein berechtigtes rechtliches Interesse an der Klärung der Frage, ob die auf der von ihm gepachteten Parzelle erneut vorgenommene Bepflanzung genehmigungsfrei ist. Ein berechtigtes Interesse ist insbesondere gegeben, wenn die Rechtslage unklar ist, die zuständige Behörde insoweit anderer Auffassung als der Kläger ist und der Kläger sein künftiges Verhalten an der Feststellung orientieren will oder er Grund zur Besorgnis der Gefährdung seiner Rechte hat. Dies ist namentlich dann der Fall, wenn der Kläger – wie hier – der Auffassung ist, dass er für eine bestimmte Tätigkeit keine behördliche Erlaubnis benötige, die Behörde insoweit jedoch anderer Auffassung ist (Kopp/Schenke, a. a. O., § 43 Rn. 24).

b. Indes ist auch die Feststellungsklage des Klägers zu 2 unbegründet. Die vom Kläger zu 2 vorgenommene Bepflanzung kann nicht als gemäß § 3 Abs. 3 WeinV genehmigungsfrei angesehen werden.

Nach Art. 85h Abs. 1 lit. d der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 kann ein Neupflanzungsrecht für Flächen erteilt werden, deren Weine oder Weinbauerzeugnisse ausschließlich zum Verbrauch im Haushalt des Weinbauern bestimmt sind. Gemäß Art. 60 Abs. 6 der Verordnung (EG) Nr. 555/2008 kann ein Mitgliedsstaat im Fall von Art. 85h Abs. 1 lit. d der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007, um einen übermäßigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, anstelle der Erteilung von Neupflanzungsrechten vorsehen, dass solche Flächen nicht unter die Rodungspflicht nach Art. 85a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 fallen. Von dieser Möglichkeit können die Mitgliedstaaten Gebrauch machen, sofern die auf den einzelnen Erzeuger entfallende Fläche eine von dem betreffenden Mitgliedsstaat festzusetzende Höchstfläche, die nicht größer als 0,1 ha sein darf, nicht übersteigt (Art. 60 Abs. 6 lit. a der Verordnung (EG) Nr. 555/2008) und der betreffende Erzeuger die Weinerzeugung nicht gewerbsmäßig ausübt (Art. 60 Abs. 6 lit. b der Verordnung (EG) Nr. 555/2008).

Eine solche Regelung findet sich in § 3 Abs. 3 WeinV, wonach die Genehmigung für eine Neuanpflanzung für nicht weinbergmäßig bepflanzte Flächen nicht erforderlich ist, wenn sie zusammen mit anderen derartigen Fläche desselben Nutzungsberechtigten nicht größer als 1 Ar sind und nicht in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit einer weinbergmäßig bepflanzten Fläche stehen. Im vorliegenden Fall scheitert die Genehmigungsfreiheit an sämtlichen Voraussetzungen.

Die Kammer hat bereits in den Urteilen vom 10.2.2011 (5 K 439/09 und 635/10, jeweils im Rahmen von obiter dicta) darauf hingewiesen, dass eine nicht weinbergmäßig bepflanzte Fläche eine solche ist, die nicht nur ihrem Zweck, sondern auch ihrer Art nach dem Hobby oder Eigenbedarf dient und deren Erträge nicht vermarktet werden sollen. Abzustellen sei nach dem Wortsinn in erster Linie auf den Gesamteindruck (Anlage in Reihen mit Abständen wie in einem Weinberg oder ähnlich einem Ziergarten). Es kommt somit nicht lediglich darauf an, ob es sich um eine hobbygärtnerische Anpflanzung handelt, deren Erzeugnisse nicht vermarktet werden sollen, ohne dass das optische Erscheinungsbild der Anpflanzung von Bedeutung wäre.

Anlass, die Rechtsansicht der Kammer zu ändern, besteht insofern nicht. Zwar ist dem Klägersvertreter darin zuzustimmen, dass diese Lesart des § 3 Abs. 3 WeinV nicht schon aus den zwingenden Vorgaben des europäischen Weinrechts folgt, die es den Mitgliedsstaaten freistellt, nicht gewerblichen Weinbau zum Zwecke des Verbrauchs im Haushalt des Erzeugers durch die Ausgabe von Neuanpflanzungsrechten zu ermöglichen oder – im Falle des Unterschreitens der europarechtlich vorgesehenen Grenze von 0,1 Hektar – die betreffenden Flächen von der Notwendigkeit der Erteilung von Neuanpflanzungsrechten auszunehmen. Unzutreffend ist allerdings schon die Behauptung des Klägers zu 2, dass sich das deutsche Weinrecht im Wesentlichen darauf beschränke, die Vorgaben des europäischen Weinrechts umzusetzen. Das deutsche Weinrecht geht vielmehr nicht nur im Rahmen des § 3 Abs. 3 WeinV in seinen Anforderungen über die des Europarechts hinaus, was hinsichtlich der genehmigungsfrei zulässigen Anbaufläche ganz deutlich wird (nur ein Zehntel der europarechtlich Zulässigen), es stellt beispielsweise auch im Rahmen des § 7 WeinG strengere, zusätzliche Anforderungen an die Erteilung von Neuanpflanzungsrechten. Diese Regelungen sind europarechtlich zulässig (vgl. Zipfel/Rathke, Lebensmittelrecht, 139. Aufl., § 7 WeinG Rn. 25). Auch verfassungsrechtliche Aspekte, aus denen es dem Gesetzgeber untersagt sein sollte, Sachverhalte, zu deren Kontrolle die Bundesrepublik Deutschland europarechtlich verpflichtet ist (hier die ausschließliche Verwendung der betreffenden Erzeugnisse zum Eigenverbrauch im Haushalt des Erzeugers), jenseits von als unproblematisch angesehenen Bagatellfällen zumindest einer behördlichen Prüfung im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens zuzuführen, sind nicht ersichtlich.

Zutreffend ist zwar, dass das Verwaltungsgericht Würzburg (Urt. v. 10.5.1977 – W 88 V 77 -, juris) – seinerzeit ebenfalls im Rahmen eines obiter dictums – den Zweck der Anpflanzung als entscheidend für die Frage angesehen hat, ob eine weinbergmäßige Bepflanzung vorliegt. Mit diesem Verständnis der Vorschrift folgte es den Mindestvorgaben des EU-Rechts; auch Art. 60 Abs. 7 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 555/2008 verbietet die Vermarktung von Wein oder Weinbauerzeugnissen der in Art. 60 Abs. 6 der Verordnung (EG) Nr. 555/2008 genannten Flächen. Explizit anderer Auffassung als das Verwaltungsgericht Würzburg ist allerdings der Bayerische Verwaltungsge-

richtshof (Urt. v. 26.1.1982 - 13 XIX 77 -, AgrarR 1983, 79), der bezüglich der Vorgängervorschrift ausdrücklich ausführt, mit der Wortwahl „weinbergmäßig“ habe der Gesetzgeber nicht darauf abgestellt, ob die Rebanpflanzung zu gewerblichen oder privaten (hobbymäßigen) Zwecken erfolge, sondern vielmehr darauf, ob die Anpflanzung wie bei einem Weinberg geschehe, d. h., ob das Ergebnis der Neuanpflanzung einem Weinberg im herkömmlichen Sinn entspreche. Das äußere Erscheinungsbild und nicht der Zweck einer Rebanpflanzung sei entscheidend (ebenso die Kommentierung in Zipfel/Rathke, a. a. O., § 3 WeinV Rn. 7; wohl auch OLG Karlsruhe, Beschl. v. 25.10.1978 - 3 Ss (B) 368/77 -, Justiz 1979, 71).

Aus der Begründung zu § 1c der Bundesratsdrucksache 8/4020 ergibt sich, dass der Gesetzgeber als nicht weinbergmäßige Anpflanzungen z. B. solche an Wänden oder in Hausgärten angesehen hat. Dem Gesetzgeber ging es bei dieser Regelung offensichtlich um eine vorbeugende Missbrauchsbe-kämpfung. Ausgenommen vom Genehmigungserfordernis werden (nur) die Fälle, die nach Größe und Art der Bepflanzung keine andere Verwendung der gewonnenen Erzeugnisse als zum Eigenverbrauch erwarten lassen. Einer Erteilung von Neuanpflanzungsrechten bedarf es demgegenüber immer dann, wenn die Größe und/oder die Art der Anpflanzung eine gewerbsmäßige landwirtschaftliche Nutzung und eine betriebswirtschaftlich lukrative Vermarktung der gewonnenen Erzeugnisse möglich erscheinen lassen. Dass diese Voraussetzungen auch durch eine Aneinanderreihung von „hobbymäßig“ bewirtschafteten Flächen geschaffen werden können, zeigt gerade das Beispiel der Kläger, die nach ihren Vorstellungen durch eine Vielzahl von „hobbywinzerisch“ genutzten Einzelparzellen einen Weinberg bestocken wollen, der nach Größe und Art der Bepflanzung den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen lohnt. Bei Verabschiedung der Norm mag der Gesetzgeber zwar vorrangig an den möglichen Missbrauch von hobbygärtnerischen Rebflächen durch gewerblich tätige Winzer gedacht haben; beschränkt auf diesen Missbrauchsfall ist die Regelung aber nicht. Die Gefahr des Missbrauchs bei einer weitergehenden Liberalisierung sehen offenbar auch die Kläger (s. S. 5 des Schreibens an den Beklagten vom 15.12.2010, Bl. 55 der Gerichtsakte). Sind auf dem Grundstück Rebstöcke in gleicher Weise wie in einem Weinberg angeordnet, ist diese Fläche somit unabhängig davon, ob dies zum Hobby geschieht oder ob der gewonnene Wein zum eigenen Verbrauch bestimmt ist, in der Regel weinbergmäßig bepflanzt (Zipfel/Rathke, a. a. O.).

Was das tatsächliche Erscheinungsbild des „Weingartens“ betrifft, so kann neben den in der Akte befindlichen Fotos (z. B. Bl. 33, 133 der Gerichtsakte) auf die Internet-Auftritte des Klägers zu 1 (<http://stoermthalerwein.jimdo.com>) und der Gemeinde (<http://grosspoesna.de>) verwiesen werden. Im Internet-Auftritt der Gemeinde heißt es (Unterpunkt Störmthaler See, dort unter Geführter Rundgang): „(...) Senken Sie nun Ihren Blick ein wenig nach unten, entdecken Sie inmitten der Böschung eine Ihnen sicherlich nicht ganz unbekannte, regelhaft angelegte Struktur. Ja, Sie haben

richtig gesehen! Ein Weinberg. (...)“. Es bedarf wohl keiner näheren Darlegung, dass das, was sich dem unbefangenen Betrachter auf den ersten Blick als Weinberg präsentiert, eine weinbergmäßige Anpflanzung ist. Auch die Neupflanzung ist wiederum „in Reih und Glied“ unter Verwendung einer Drahtanlage und damit weinbergmäßig erfolgt. Maschinen sollten perspektivisch zum Einsatz kommen und sind mittlerweile auch eingesetzt worden.

Die Anpflanzung fällt darüber hinaus deshalb nicht unter die Regelung des § 3 Abs. 3 WeinV, weil sie in unmittelbarem räumlichem Zusammenhang mit einer weinbergmäßig bepflanzten Fläche steht (nämlich weiteren weinbergmäßig bepflanzten Parzellen anderer Vereinsmitglieder). Jedenfalls die östlich angrenzende Parzelle 24 wurde laut Angaben des Klägers zu 2 bei der Rodungsaktion im Frühjahr 2011 ausgenommen, ist also weiterhin bepflanzte. Zudem übersteigt die Pflanzung auch die zulässige Flächengrenze. Ist nämlich der Kläger zu 1 aufgrund seiner bestimmenden Funktion als weinrechtlich verantwortlicher Erzeuger anzusehen (s. unter I.), so muss auch auf die gesamte unter der Ägide des Klägers zu 1 bepflanzte Fläche abgestellt werden. Diese übersteigt mit über 5.000 m² aber nicht nur die nach nationalem Recht zulässige Höchstgrenze von 1 Ar, sondern auch die nach europäischem Recht zulässige Höchstgrenze von 0,1 ha.

2. a. Was den Hilfsantrag des Klägers zu 2 betrifft, so ist die hilfsweise erhobene Verpflichtungsklage ebenfalls zulässig. Insoweit wurde bislang zwar noch kein Verwaltungsverfahren durchgeführt. Ein entsprechender – ebenfalls nur hilfsweise gestellter – Antrag auf Erteilung von Neuanpflanzungsrechten wurde beim Beklagten erst mit Schriftsatz vom 20.9.2011 eingereicht, also parallel zur Klageerhebung. Diese liegt allerdings mittlerweile eineinhalb Jahre zurück, so dass inzwischen die Voraussetzungen für eine Untätigkeitsklage (§ 75 VwGO) gegeben sind. Zwar hat der Beklagte den Klägern zu 2 und 3 mit Schreiben vom 16.11.2011 mitgeteilt, im Hinblick auf die gleichzeitige, inhaltsgleiche Antragstellung beim Verwaltungsgericht zurzeit von einer Bescheidung ihrer Anträge abzusehen. Es liegt jedoch kein anerkennungsfähiger sachlicher Grund für eine Nichtbescheidung darin, dass der Beklagte mit der Bescheidung des Hilfsantrags auf Erteilung von Neuanpflanzungsrechten bis zur gerichtlichen Klärung der in der Hauptsache streitigen Frage abwarten wollte, ob es für die streitige Anpflanzung überhaupt der Erteilung von Neuanpflanzungsrechten bedarf. Sofern die Kläger zu 2 und 3 mit ihrem – beim Beklagten wie bei Gericht gleichermaßen gestellten – Hauptantrag Erfolg gehabt hätten, hätte sich die Bescheidung des Hilfsantrags zwar erübrigt. Von dieser Konstellation ist der Beklagte aber ersichtlich nicht ausgegangen, da er insoweit die Klageabweisung beantragt hat. Bei einem Unterliegen mit dem Hauptantrag wird die sachliche Bescheidung des Hilfsantrags aber unzumutbar hinausgezögert, wenn man dem Beklagten zugestehen wollte, erst nun in eine Prüfung einzusteigen.

b. Dem Kläger zu 2 steht der hilfsweise geltend gemachte Anspruch auf Erteilung von Neuanpflanzungsrechten aber in der Sache nicht zu. Art. 85a Abs. 1 lit. d der Verordnung (EG) 1234/2007 ermöglicht es den Mitgliedsstaaten zwar, Neuanpflanzungsrechte für Flächen zu erteilen, deren Weine oder Weinbauerzeugnisse ausschließlich zum Verbrauch im Haushalt des Weinbauern bestimmt sind.

(1) Auch insoweit ist das deutsche nationale Recht allerdings strenger (vgl. Zipfel/Rathke, a. a. O. § 7 WeinG Rn. 17). Neuanpflanzungsrechte können gemäß § 7 Abs. 1 WeinG nur für Flächen erteilt werden, die zur Erzeugung von Qualitätswein b. A. oder Landwein, nach der neuesten Fassung der Norm ferner auch zur Erzeugung von Prädikatswein, Qualitätslikörwein b. A., Qualitätsperlwein b. A. oder Sekt b. A. geeignet und bestimmt sind. Das zur Erzeugung von Qualitätswein b. A., Prädikatswein, Qualitätslikörwein b. A., Qualitätsperlwein b. A., Sekt b. A. oder Landwein bestimmte Gebiet ist in § 3 WeinG i. V. m. § 2 WeinrechtsDVO Sachsen festgelegt. Da Großpösna nicht innerhalb dieses Anbaugebietes liegt, scheidet eine Erteilung von Pflanzrechten aus.

Die Zielsetzung, die diesen Bestimmungen zugrunde liegt, nämlich insbesondere die Erhaltung der besonderen Qualität des deutschen Weines, die Sicherung seines Absatzes und der Schutz des einheimischen Winzerstandes, ist vom Bundesverfassungsgericht als legitimes wirtschaftspolitisches Ziel anerkannt, eine Anbaubeschränkung insoweit auch als verhältnismäßige und damit verfassungsrechtlich zulässige gesetzliche Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG erachtet worden (Entscheidung v. 14.2.1967 - 1 BvL 17/63 -, juris). Die Entscheidung, die der Kläger zu 2 in seinem auch in der Klagebegründung in Bezug genommenen Rechtsgutachten zitiert (BVerfG, Beschl. v. 10.7.195- – 1 BvF 1/58 -, juris), befasst sich im Kern damit, dass Anbaubeschränkungen des Weinbaus als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen auf einer einwandfreien rechtsstaatlichen Grundlage stehen müssen und daher nur durch „Gesetz“, nicht durch Verwaltungsvorschrift erfolgen können. Allerdings wird zugleich klar gestellt, dass „Gesetz“ in diesem Sinne auch eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Rechtsverordnung als materielles Gesetz ist. Ferner wird auch dort schon angemerkt, die Verbesserung der Qualität des deutschen Weines könne ebenso Anbauregelungen rechtfertigen wie der Schutz des Berufsstandes der Winzer.

Zwar ist nicht zu verkennen, dass diese Entscheidungen gewerblich tätige Winzer zum Gegenstand hatten. Die Auswirkungen einer hobbywinzerischen Betätigung auf den Weinmarkt sind schon insofern deutlich geringer, als ihre Erzeugnisse eben nicht zur Vermarktung bestimmt sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass von ihr keine Beeinträchtigungen ausgehen könnten. Das Durchschnittsniveau des deutschen Weins respektive des Weins einer bestimmten Region sinkt zwangsläufig mit jedem – auch hobbywinzerischen – Erzeuger, dessen Erzeugnisse nicht den Qualitätsvorgaben der wein-

rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Das Ansehen und dementsprechend auch die Marktchancen der betreffenden Weine sinken mit jedem potentiellen Kunden, der nicht den Qualitätsanforderungen entsprechende Weine verkostet und hernach vielleicht Weine der betreffenden Region ganz meidet. Die Anzahl solcher Verkostungsmöglichkeiten und auch die zur Verfügung stehende Verkostungsmenge würde sich mit der flächen- und qualitätsunabhängigen Freigabe des Hobbyweinbaus, wie sie die Kläger letztlich erstreben, erheblich vergrößern, zumal mit Nachahmern zu rechnen ist (s. die Entscheidung des BayVGH). Während der Kläger zu 1 ursprünglich noch angekündigt hatte, darüber zu wachen, dass der im „Weingarten“ erzeugte Wein nur von den Hobbywinzern, ihren engsten Familienangehörigen und den sie unterstützenden Vereinsmitgliedern konsumiert werde (Bl. 29 der Verwaltungsakte), gedenken schon die Kläger zu 2 und 3 nach ihren Angaben, den gewonnenen Wein bei Mahlzeiten, Festen, fröhlichem Beisammensein „gemäß den üblichen Gepflogenheiten“ ihren Familienangehörigen und auch Freunden und Bekannten zu kredenzen. Der Kläger zu 1 beteiligt sich an Festivitäten auf kommunaler Ebene, die u. a. auf Touristen abzielen (s. dessen Homepage - Termine). Der in der Anbaubeschränkung liegende Eingriff erweist sich auch in Bezug auf Hobbywinzer nicht als unverhältnismäßig. Dem vergleichsweise geringeren Effekt, der sich mit der Anbaubeschränkung hier erzielen lässt, steht auch ein geringerer Eingriff gegenüber. So kommt bei Hobbywinzern ein Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb von vorneherein nicht in Betracht, da ein Gewerbe eben nicht betrieben wird. Die Nutzung des Eigentums (soweit der Weinbau denn auf eigenen Flächen betrieben wird) bleibt bis zur Grenze des § 3 Abs. 3 WeinV für den Weinbau möglich, lediglich nicht weinbergmäßig und damit unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht so lukrativ. Allerdings geht es beim Hobbyweinbau, der seine Erzeugnisse nicht vermarkten will, ja gerade nicht um die Erzielung von Gewinnen. Die zum Schutze derjenigen, die ihre Existenz mit dem Weinbau bestreiten, auferlegten Beschränkungen erscheinen angesichts dessen als zulässige Sozialbindung des Eigentums.

Soweit die Kläger darauf verweisen, sie hätten sich bei der Ausgestaltung der Nutzungsverhältnisse ihres „Weingartens“ vom Vorbild des Vereins „Freundeskreis Weinanbau Johannesburg/Bad Nauheim“ und den mit den dort zuständigen Weinbehörden getroffenen Absprachen leiten lassen, darf bezweifelt werden, dass die Fälle tatsächlich vergleichbar sind. Die (dürftigen) über das Internet verfügbaren Informationen zu dem benannten Projekt lassen darauf schließen, dass die dortigen Weinbehörden Pflanzungsrechte für die Weinerzeugung zum Eigenverbrauch erteilt haben, weil sie sich in der Lage sahen, die fragliche Anbaufläche als zur Weinerzeugung geeignet einem der existierenden Anbaugebiete zuzuordnen. Der Internetauftritt deutet ferner darauf hin, dass als Erzeuger gerade die Gemeinde auftritt (wohl, damit die Behörden nur einen verantwortlichen Ansprechpartner haben).

(2) Außerdem ist die Fläche inzwischen bereits (widerrechtlich) bepflanzt. Eine nachträgliche Erteilung von Pflanzrechten kommt nicht in Betracht, worauf das erkennende Gericht schon im Urteil vom 10.2.2011 (5 K 635/10) hingewiesen hat:

„Auch der Wortlaut des Art. 85h Abs. 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 „Flächen, die für/zu (...) bestimmt sind“ und „von dem Erzeuger ausgeübt werden, dem sie erteilt wurden“, „vor dem Ende des zweiten auf das Jahr ihrer Erteilung folgenden Weinwirtschaftsjahrs ausgeübt werden“ legt nahe, dass eine Erteilung von Pflanzungsrechten gerade im Vorhinein erfolgt sein soll. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass der Erwägungsgrund Nr. 24 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999, die von der Verordnung (EG) Nr. 479/2008 abgelöst wurde, aus Gründen der Rechtssicherheit eine nachträgliche Genehmigung vorsah. Dies sollte jedoch nur für Flächen gelten, die vor Veröffentlichung des Vorschlags für jene Verordnung unter Verstoß gegen die Beschränkungen bepflanzt worden waren. Darüber hinaus sollte die diesbezügliche Ermächtigung der Mitgliedsstaaten im Interesse einer besseren Kontrolle über das Weinbaupotenzial nur für einen bestimmten Zeitraum gelten. Bereits die Verordnung (EG) Nr. 479/2008 stellt solche Erwägungen erst gar nicht an. Vielmehr wird in Erwägungsgrund Nr. 56 deutlich, dass Flächen, die nach dem 31.8.1998 widerrechtlich bepflanzt wurden, zu roden sind, wie dies auch in der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 als Sanktion festgelegt war.“

III.1. Zur Zulässigkeit und Begründetheit der Feststellungsklage des Klägers zu 3 kann auf die Ausführungen zu der entsprechenden Feststellungsklage des Klägers zu 2 verwiesen werden. Beide Klagen sind rechtlich identisch zu beurteilen.

Aufgrund der Erläuterungen des Klägers zu 3 in der mündlichen Verhandlung vom 26.4.2013 steht nunmehr fest, dass die Parzelle des Klägers zu 3 ebenfalls Teil der ursprünglich von der Gemeinde bepflanzten Rodungsfläche ist und im Frühjahr 2011 wieder aufgerebt wurde; die damaligen Verhältnisse entsprachen denen des Jahres 2012, als der Kläger zu 2 die Neubestockung seiner Parzelle vorgenommen hat.

2. Bezüglich des Hilfsantrags kann auf die Ausführungen zu II.2. verwiesen werden.

Die Verpflichtung des Beklagten zur Erteilung von Neuanpflanzungsrechten kommt daher nicht in Betracht.

Soweit die Kläger auf die zukünftig geplante Liberalisierung des gemeinsamen Weinmarktrechts der Europäischen Union verweisen, ist anzumerken, dass es ihnen unbenommen bleibt, diese Liberalisierung abzuwarten und ihr Vorhaben alsdann zu verwirklichen.

IV. Die Kostenentscheidung bezüglich der Klage des Klägers zu 1 beruht auf § 154 Abs. 1 VwGO, da er mit seiner Klage im Rechtsstreit unterlegen ist. Die Kläger zu 2 und 3 unterliegen zwar auch mit ihren Klagen, jedoch ist insoweit hinsichtlich der Hilfsanträge eine abweichende Kostenentscheidung geboten. Die Kosten waren entsprechend § 161 Abs. 3 VwGO dem Beklagten aufzuerlegen, da über den Antrag der Kläger vom 20.9.2011 innerhalb des zeitlichen Rahmens des § 75 VwGO (drei Monate) und bis zum heutigen Tag nicht entschieden wurde, ohne dass für die Verzö-

gerung der Entscheidung ein zureichender Grund vorgelegen hätte. Dies führt zu einer Kostenteilung je zur Hälfte, da Haupt- und Hilfsantrag jeweils das gleiche wirtschaftliche Interesse verfolgen.

Eine Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit war nicht veranlasst (§ 167 Abs. 2 VwGO).

Die Berufung war nicht nach § 124 Abs. 2 VwGO zuzulassen, weil die Voraussetzungen hierfür nicht vorlagen. Der hier zur Entscheidung stehende Sachverhalt lässt insbesondere keine Bedeutung über den Einzelfall hinaus erkennen.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen dieses Urteil können die Beteiligten die Zulassung der Berufung durch das Sächsische Obergerverwaltungsgericht beantragen. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils schriftlich bei dem Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa über den elektronischen Rechtsverkehr in Sachsen (SächsERVerkVO) vom 6. Juli 2010 (SächsGVBl. S. 190) in der jeweils geltenden Fassung zu stellen. Der Antrag muss das angefochtene Urteil bezeichnen. Innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des vollständigen Urteils sind die Gründe darzulegen, aus denen die Berufung zuzulassen ist. Die Begründung ist bei dem Obergerverwaltungsgericht einzureichen, sofern sie nicht bereits mit dem Antrag vorgelegt wurde.

Vor dem Obergerverwaltungsgericht muss sich jeder Beteiligte, soweit er einen Antrag stellt, durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten lassen. Als Prozessbevollmächtigte sind die in § 67 Abs. 2 Satz 1 Verwaltungsgerichtsordnung bezeichneten Personen sowie die in § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 7 Verwaltungsgerichtsordnung bezeichneten Personen und Organisationen und die in § 67 Abs. 4 Satz 4 Verwaltungsgerichtsordnung genannten Beschäftigten zugelassen. Ein Beteiligter, der danach zur Vertretung berechtigt ist, kann sich auch selbst vertreten (§ 67 Abs. 4 Satz 8 Verwaltungsgerichtsordnung).

Braun

Grau

Zarden

Beschluss vom 2. Mai 2013

1. Der Streitwert der Klage des Klägers zu 1 wird gemäß § 52 Abs. 1 GKG auf 6.717,40 € festgesetzt. Dem Kläger zu 1 ging es mit seiner Feststellungsklage vor allem darum, zu klären, dass er nicht als verantwortlicher Erzeuger und damit nicht als möglicher Adressat der unionsrechtlichen Rodungspflicht und eines (vom Beklagten bereits angedrohten) Sanktionsbescheides anzusehen sei. Das Gericht bemisst das Interesse des Klägers zu 1 daher an der mutmaßlichen Höhe einer zu erwartenden Sanktion. Der Bescheidentwurf des Beklagten vom 29.10.2010 sieht ein Bußgeld in Höhe von 2.100,00 € hinsichtlich der im Jahr 2009 neu aufgerebten Fläche von 1.726 m² vor, dies entspricht 1,2167 €/m². Da der Feststellungsantrag des Klägers zu 1 sich auf die gesamte Pachtfläche

von 5.521 m² bezog, setzt das Gericht den Streitwert mit 5.521 m² x 1,2167 €/m², mithin 6.717,40 € an.

2. Der Streitwert für die Klagen der Kläger zu 2 und 3 wird gemäß § 52 Abs. 1 GKG in Anlehnung an Nr. 52.1 des Streitwertkatalogs für die Verwaltungsgerichtsbarkeit auf 1,50 €/m² Rebfläche, mithin auf je 148,50 € festgesetzt. Der Feststellungsantrag ist jeweils ebenso zu bewerten wie der hilfsweise gestellte Verpflichtungsantrag (Nr. 1.3 des Streitwertkatalogs); eine Zusammenrechnung der Streitwerte von Haupt- und Hilfsantrag hatte nicht zu erfolgen, da beide jeweils denselben Gegenstand betreffen.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen die jeweilige Streitwertfestsetzung steht den jeweils Beteiligten die Beschwerde zu, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 € übersteigt oder wenn sie das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zulässt.

Die Beschwerde ist bei dem Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa über den elektronischen Rechtsverkehr in Sachsen (SächsERVerkVO) vom 6. Juli 2010 (SächsGVBl. S. 190) in der jeweils geltenden Fassung innerhalb von sechs Monaten einzulegen, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Braun

Zarden



Ausgefertigt:

Leipzig, den 8. Mai 2013

Kaminski

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle